
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

MINIJOBS

04.09.2013

„Die Grünen Pläne zur Abschaffung der Minijobs sind ein Affront gegenüber Schüler, Studenten und Rentner, die sich etwas hinzuverdienen wollen und obendrein bedeuten sie einen Rückschritt für viele Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit werden gerade bei Haushalt und Pflegeleistungen die Menschen geradezu in die Schwarzarbeit getrieben“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Jürgen LENDERS.

Lenders weiter:

„Die übergroße Mehrheit der Minijobber ist laut aller Umfragen mit ihrem Minijob zufrieden und will gar nicht sozialversicherungspflichtig arbeiten, weder Vollzeit noch Teilzeit. Mit ihrer Forderung würden die Grünen diesen Menschen Verdienstmöglichkeiten nehmen. Der Hintergrund dafür kann eigentlich nur sein, dass die Grünen noch mehr Geld für ihre ideologischen Spielwiesen ausgeben wollen, indem auch Schüler, Studenten und Rentner Steuern zahlen sollen.“

Der häufig geäußerte Vorwurf, Minijobs verdrängten die Vollzeitbeschäftigung, ist falsch. Das Verhältnis von Minijobbern zu voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat sogar abgenommen. Die Arbeitgeber zerstückeln in der Realität keine gut bezahlten Vollzeitjobs. Minijobs sind eine sinnvolle Ergänzung des erfolgreichen deutschen Arbeitsmarktes.

Minijobs erfreuen sich großer Beliebtheit in der Bevölkerung. Sie bieten Menschen aller Altersgruppen in unterschiedlichsten Lebenssituationen die Möglichkeit, sich unkompliziert etwas hinzu zu verdienen. Die Absicherung in der Rentenversicherung hat die schwarz-gelbe Koalition im Zuge der Anhebung der Minijob-Grenze auf 450 Euro verbessert.

Minijobber sind eine extrem vielfältige Gruppe am Arbeitsmarkt. So ist jeder dritte

Minijobber jünger als 25 oder älter als 60 Jahre. All diese Menschen wollen die Grünen mit der Forderung nach einer faktischen Abschaffung der Minijobs mehr belasten und ihnen Verdienstmöglichkeiten nehmen. Das wäre eine Politik gegen die Interessen der Mitte unserer Gesellschaft.“

Minijobs tragen auch dazu bei, Schwarzarbeit effektiv zu bekämpfen, gerade in Privathaushalten aber auch in der Gastronomie, Einzelhandel oder Zeitungsbranche.

Für viele Branchen, viele kleine und mittelständische Unternehmen wäre der Wegfall der Minijobs, existenzbedrohend. Sie sind auf unbürokratische und flexible Arbeitsverhältnisse angewiesen. Fallen diese weg, sind auch die übrigen Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze in Gefahr.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de